

Stadt Bergisch Gladbach

Der Bürgermeister

Datum

14.01.2014

Ausschussbetreuender Fachbereich

Umwelt und Technik

Schriftführung

Doris Kamenzky

Telefon-Nr.

02202-141484

Niederschrift

Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr

Sitzung am Donnerstag, 05.12.2013

Sitzungsort

Ratssaal des Rathauses Bensberg, Wilhelm-Wagener-Platz 1, 51429 Bergisch Gladbach

Sitzungsdauer: **17:00 Uhr - 19:59 Uhr**

Unterbrechungen: Keine

Sitzungsteilnehmer

Siehe beigefügtes Teilnehmerverzeichnis

Tagesordnung

Ö Öffentlicher Teil

- 1 Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit**
- 2 Genehmigung der Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 19.09.2013 - öffentlicher Teil -**
- 3 Genehmigung der Niederschrift der 3. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und des Infrastrukturausschusses vom 09.10.2013**
- 4 Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 19.09.2013 und der Gemeinschaftssitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und des Infrastrukturausschusses vom 09.10.2013
0612/2013**

- 5 Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden**
- 6 Mitteilungen des Bürgermeisters**
- 6.1 Information zur Neuanschaffung von Parkscheinautomaten**
0640/2013
- 7 Wiedereinführung der Baumschutzsatzung**
0610/2013
- 8 IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach**
0544/2013
- 9 Erneuerung der Ottostraße**
0631/2013
- 10 Verkehrsführung Buchmühle**
0642/2013
- 11 Beschlüsse zum Abstimmungsverhalten des städtischen Delegierten in der 47. Verbandsversammlung des Strundeverbandes am 15.12.2013**
0616/2013
- 12 Aufstellung eines Hochwasser-Schutzkonzeptes für den Frankenforstbach**
0442/2013
- 13 Haushalt 2014 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Produktgruppen Verkehrsflächen, Stadtgrün und Umweltschutz**
0632/2013
- 14 Anträge der Fraktionen**
- 14.1 Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 02.09.2013 ausreichend Stell- und Parkplätze für Fahrräder, E-Bikes und motorisierte Zweiräder zu schaffen**
0611/2013
- 14.2 Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2013, eingegangen am 16.04.2013, zum Verkehrskonzept für das Umfeld der Naherholungsanlage am Diepeschrather Weg**
0621/2013
- 14.3 Antrag der FDP-Fraktion vom 30.09.2013 zur Einrichtung weiterer Kurzzeitparkplätze an der Endhaltestelle der S-Bahn oder des Busbahnhofs**
0622/2013
- 14.4 Antrag der FDP-Fraktion vom 01.10.2013 zur Neugestaltung der Fahrradabstellplätze am S-Bahnhof**
0602/2013

- 14.5** **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.11.2013 zur Schulwegsicherung entlang der Straßenbahn Linie 1, Frankenforst - Kippekausen und des Bahndamms Robert-Schumann-Straße zur Saaler Mühle**
0635/2013
- 14.6** **Antrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2013 zu Floh- und Trödelmärkten im Stadtgebiet**
0643/2013
- 14.7** **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, eingegangen am 19.11.2013, zur Ordnungsbehördlichen Verordnung "Katzenkastration"**
0644/2013
- 14.8** **Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, eingegangen am 21.11.2013 - Ergänzung zu strategischen Zielen sowie Haushaltszielen im Bereich Natur und Landschaftspflege, Öffentliches Grün, Landschaftsbau**
0650/2013
- 15** **Anfragen der Ausschussmitglieder**

Protokollierung

Ö Öffentlicher Teil

1. Eröffnung, Bekanntgabe nicht anwesender Ausschussmitglieder, Feststellung der ordnungsgemäßen und rechtzeitigen Einberufung sowie der Beschlussfähigkeit

Herr Dr. Peter Baeumle-Courth eröffnet um 17.07 Uhr als neuer Vorsitzender die 24. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr des Rates der Stadt Bergisch Gladbach, in der Achten Wahlperiode. Er begrüßt die anwesenden Teilnehmer und stellt fest, dass der Ausschuss ordnungs-, sowie fristgemäß eingeladen wurde und beschlussfähig ist. Grüße von Herrn Ziffus gibt er gerne weiter.

Die Teilnehmer ergeben sich aus dem als Anlage beigefügten Verzeichnis.

Für die CDU-Fraktion nimmt ab 18.50 Uhr Herr Robert Kraus für Herrn Christian Buchen teil, für die SPD-Fraktion Frau Marta Bähner-Sarembe für Herrn Mirko Komenda, für die FDP-Fraktion Herr Jürgen Krafft für Herrn Martin Ebbinghaus sowie für die KIDitiative Herr Hans-G. Ullmann für Herrn Fabian Schütz. Herr Schallehn von der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN wird noch erwartet.

Als erstes verpflichtet Herr Dr. Baeumle-Courth die sachkundige Bürgerin, Frau Marta Bähner-Sarembe, für den AUKV und den sachkundigen Bürger, Herrn Wolfgang Kubik, der nicht an dieser Sitzung teilnimmt, nach der Verwaltungsvorschrift zu § 32 Absatz 4 GO NRW (alte Fassung) und heißt beide willkommen.

2. Genehmigung der Niederschrift der 23. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 19.09.2013 - öffentlicher Teil -

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

3. Genehmigung der Niederschrift der 3. gemeinsamen Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und des Infrastrukturausschusses vom 09.10.2013

Die Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

4. Bericht über die Durchführung der Beschlüsse aus den Sitzungen des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr vom 19.09.2013 und der Gemeinschaftssitzung des Ausschusses für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr und des Infrastrukturausschusses vom 09.10.2013 0612/2013

Herr Buchen hat eine Rückfrage zu S. 6, Ö 14 – Wiederherstellung der Grünanlage auf dem Regenrückhaltebecken Cederwaldstraße - . Es sei vereinbart worden, keinesfalls weniger Geld für Spielplätze auszugeben. Auch eine Liste sei erbeten und vorgelegt worden, aus der weitere Spielplatzmaßnahmen ersichtlich seien. Aktuell erkundigt er sich diesbezüglich, ob an bestimmten Spielplätzen schon etwas gemacht worden oder was konkret geplant worden sei. Diese Frage wird von Herrn Dr. Baeumle-Courth an dieser Stelle belassen und nicht unter dem TOP „Anfragen der Mitglieder“ erneut gestellt.

Herr Leuthe wird die Frage schriftlich beantworten.
Darüber hinaus gibt es keine weiteren Anmerkungen oder Anfragen.

5. Mitteilungen des Ausschussvorsitzenden

Herr Dr. Baeumle-Courth informiert, dass als Tischvorlage eine Neuausfertigung des Planes der Seite 113, TOP 14.3 - Kurzzeitparkplätze an der Endhaltestelle der S-Bahn und des Busbahnhofs - ausgeteilt worden sei, deutlicher und in Farbe.

2. gebe es eine Sitzungsterminänderung, um die die Verwaltung gebeten habe und die mit ihm abgestimmt worden sei, beide Termine vor der Kommunalwahl:

- Mittwoch, der 05.02.2013 und
- Dienstag, der 13.05.2014 anstelle des bisherigen Termins 25.03.2014 im Sitzungsplan.

6. Mitteilungen des Bürgermeisters

Herr Hardt informiert, dass in die Vorlage zu TOP 14.3 – Einrichtung weiterer Kurzzeitparkplätze an der Endhaltestelle der S-Bahn oder des Busbahnhofs - versehentlich nur der Grundlagenplan eingearbeitet worden sei. Ersatz dafür in Farbe und präzisiert sowie technische Ergänzungen seien vorab verteilt worden.

Zusätzlich habe er einen Flyer des Gesamtverbandes der Deutschen Versicherungswirtschaft zum Thema Radverkehr verteilt, auch an die Presse, da infolge der Novellierung der Straßenverkehrsordnung ständig Fragen zu zulässigen Verhaltensweisen von Radfahrern gestellt würden. Dieser Flyer könne für die Bürgerschaft nachbestellt werden, um Klarheit zu vermitteln, z.B. bei welchen Gegebenheiten Radfahrer einen Radweg benutzen dürften oder welche Signalanlagen beachtet werden müssten. So sei in der Presse zuletzt auch das Verhalten am Zebrastreifen falsch dargestellt worden.

Ursprünglich seien zwei TOPs angekündigt worden, die jedoch auf die Februarsitzung verschoben worden seien. Erstens, ein Bericht der RheinEnergie in Anlehnung an die Maßnahme Dellbrücker Straße. Hierin wolle ein Vertreter der RheinEnergie darstellen, welchen Zwängen sie, insbesondere in technischer Hinsicht unterliege, so dass es zu solchen Verkehrsbeeinträchtigungen komme. Zum zweiten sei geplant gewesen, den Maßnahmebeschluss für die Marktgalerie, für die Außenanlagen und Treppenanlagen, zu fassen. Er gehe davon aus, dass die Pläne hierfür zumindest zur nächsten Sitzung fertig gestellt würden.

Darüber hinaus sei für die Märzszitzung eine ausführliche Information zur Straßenbeleuchtung vorgesehen gewesen. Da die Märzszitzung entfalle, werde versucht, mit Unterstützung des begleitenden Ingenieurbüros eine erste Zwischenbilanz schon in die Februarsitzung einzubringen. Zunächst würden die Hersteller um technische Unterlagen und Prospekte für verschiedene Leuchten in unterschiedlichen Einsatzbereichen angeschrieben.

Diese Angebote würden vom Ingenieurbüro bewertet. Es werde davon ausgegangen, am Ende eine Rangfolge unter technischen und wirtschaftlichen Gesichtspunkten pro Einsatzbereich von 6 – 8 Leuchten zu haben. Diese sollen als Modelle in zweifacher Ausfertigung erbeten werden. Eines der Modelle könne im Ratssaal präsentiert und das zweite in der Örtlichkeit installiert werden. Im Rahmen einer Gestaltungskommission könne danach neben Wirtschaftlichkeit und Technik die Gestaltung mit bewertet werden. Er erwarte, dass sich drei bis vier Leuchtentypen herauskristallisieren würden, die dann Bestandteil der Ausschreibung werden.

Herr Mömkes dankt für die kleine Fahrradbrochure und weist darauf hin, dass Absteigen am Zebrastreifen nicht erwähnt sei.

6.1. Information zur Neuanschaffung von Parkscheinautomaten

0640/2013

Herr Dr. Baeumle-Courth erkundigt sich nach der jährlichen Größenordnung der auf Seite 8 erwähnten Vandalismusschäden.

Herr Hardt informiert, dass sich diese auf jährlich ca. 6.000 € bis 8.000 € summieren, unabhängig von alten oder neuen Parkscheinautomaten.

Herr Höring bedauert, dass Echtzeitparken mit der Geldkarte in Bergisch Gladbach so wenig angenommen werde, da man sich nicht im Vorhinein entscheiden müsse, wie lange man parken wolle.

Entgegen der Meinung der Verwaltung funktioniere in vielen Städten das Handyparken durchaus gut. Er nutze diese Möglichkeit in Köln sehr regelmäßig ohne eine einzige Reklamation.

Angestrebt werde, diesen Service auch für Bergisch Gladbach kurz- bis mittelfristig anbieten zu können. Die CDU-Fraktion werde einen solchen Antrag zu einer der nächsten Sitzungen stellen.

Herr Krafft schließt sich dem Ziel des bargeldlosen Zahlens an Parkscheinautomaten an.

7. Wiedereinführung der Baumschutzsatzung

0610/2013

Herr Dr. Baeumle-Courth informiert, dass auch dieser Antrag in den Ausschuss für Anregungen und Beschwerden eingebracht worden sei. Der Beschlussvorschlag der Verwaltung sehe vor, den Antrag der Petenten zur Einführung der Baumschutzsatzung abzulehnen.

Er vermisst in der Verwaltungsvorlage den Begriff „Klima“ und bittet darum, künftig auch diesen Aspekt ernsthaft zu berücksichtigen, da es sich hierbei um eine wichtige Dimension unseres Lebens handle, die sich nicht in ökonomischen Zahlen direkt niederschlage. Wie manchmal zu merken sei, indirekt doch.

Herr Galley betont, dass die SPD-Fraktion dem Antrag auf Wiedereinführung der Baumschutzsatzung zustimmen werde. Die SPD-Fraktion habe auch bei der ursprünglichen Einführung einen entscheidenden Anteil daran gehabt und sich gegen die von der CDU- und FDP-Fraktion beantragte Aufhebung gewehrt. Derzeit irritiere besonders die finanzielle Argumentation, da aktuell im Haushalt der Personalbereich aufgestockt worden sei. Außerdem sprächen sich zahlreiche Bürgerinnen und Bürger, wie im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden deutlich geworden sei, für eine Wiedereinführung der Baumschutzsatzung aus.

Allein in Refrath reiche der reine Augenschein aus um zu sehen, dass sich durch den Wegfall der Baumschutzsatzung einiges nicht unbedingt zum Besseren geändert habe. Wenn erklärtermaßen eine grüne Stadt gewollt sei, die für Großstädter zum Zuzug attraktiv sein solle, lohne es sich, sich mit dem Thema Baumschutz intensiver zu befassen.

Herr Dlugosch teilt mit, dass auch die Fraktion die Linke./BfBB die Einführung einer Baumschutzsatzung unterstütze. Allerdings gehe er davon aus, dass der als Anlage beigefügte Satzungstext bei einem heute zu fassenden Grundsatzbeschluss in überarbeiteter Form zu einem späteren Zeitpunkt wieder vorgelegt werde, denn hinsichtlich Befreiungstatbestände und Ausgleichszahlungen bestehe Fortschreibungsbedarf.

Frau Bähler-Sarembe erinnert daran, dass 1976 die Stadt Bergisch Gladbach Vorreiter für die Einführung einer Baumschutzsatzung gewesen sei. Da im Stadtgebiet ohne Rücksichtnahme

Bäume gefällt würden, halte sie die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung für zwingend erforderlich. Inzwischen hätten zahlreiche andere Städte wie Köln, Mülheim an der Ruhr, Duisburg, Ratingen, Krefeld und sogar die Hauptstadt Berlin eine Baumschutzsatzung erlassen. Sie könne nicht nachvollziehen, dass Bergisch Gladbach sich dagegen ausspreche.

Frau Bähler-Sarembe verweist auf den Text der Vorlage, dass seinerzeit diese Baumschutzsatzung aufgehoben worden sei, um mit den eingesparten Geldern den Betrieb der Eissporthalle zu bezuschussen. Sie fragt, ob dieser Sachbearbeiter seinerzeit entlassen worden sei, um diese Einsparungen zu erzielen und darüber hinaus, ob diese Bezuschussung immer noch erfolge.

Herr Schmickler informiert, dass weiterhin ein vertraglich festgelegter städtischer Zuschuss zum Betrieb der Eissporthalle gezahlt werde.

Der Kollege, der früher die Baumschutzsatzungsangelegenheiten bearbeitet habe, sei auf eine damals freie Stelle im gebührenfinanzierten Bereich des Abwasserwerks versetzt worden, so dass dadurch tatsächlich effektiv eine Ersparnis der Personalkosten erfolgt sei. Insofern sei tatsächlich die Auswirkung auf den Haushalt, die man seinerzeit unter anderem dabei als Absicht hegte, eingetreten.

Herr Mömkes bestätigt, dass die Stadt Bergisch Gladbach seinerzeit tatsächlich Vorreiterin auf diesem Gebiet gewesen sei mit der Absicht, die Bürger für das Grün und für die Bäume in einer lebenswerten Stadt zu sensibilisieren. Diese Absicht sei mittlerweile im Bewusstsein der Bürger fest verankert, was man 2005 zum Anlass genommen habe, die Satzung aufzuheben.

Außerdem hätte sich in diesen vergangenen 30 Jahren herausgestellt, dass die Bäume, die von den Neubaubesitzern, z.B. in den Reihenhaussiedlungen wie Kippekausen, gepflanzt worden seien, mittlerweile eine Größe erreicht gehabt hätten, dass sie den Lichteinfall ins Haus verhindert und teilweise sogar Beschädigungen am Haus verursacht hätten. Die Bewohner hätten sich sehr gewünscht, auch hier eingreifen zu dürfen. Zudem habe es einen Generationenwechsel in vielen dieser Einfamilienhäuser gegeben. Diese neuen Eigentümer hätten ihre Gärten auch nach ihren Vorstellungen gestalten wollen. Das alles seien Mitargumente für die Aufhebung der Baumschutzsatzung gewesen.

Er entnehme aus den Beiträgen der Diskussion, dass infolge ganz offensichtlich gewandelten Bewusstseins der Bürgerschaft zum Umweltschutz, eine Baumschutzsatzung nicht mehr notwendig sei. Sie sei nicht nur zu einsparungszwecken aufgehoben worden, sondern sie habe an vielen Punkten einfach nicht mehr gegriffen. Daher habe man vor einiger Zeit als zeitgemäßere Lösung stadtweit ein Baumschutzkataster eingeführt und beabsichtige für bestimmte Ortsteile oder Teile von Ortsteile, wie Altfrankenforst und die Gronauer Waldsiedlung, ortsbezogene Satzungen zu erlassen. Er habe nicht den Eindruck gewonnen, dass nach Aufhebung der Baumschutzsatzung ein übermäßiges Fällen begonnen habe. Ein Blick über die Stadt aus dem 13. Stock des Marienkrankenhauses und in Richtung Köln vom Kardinal-Schulte-Haus aus bestätige den Eindruck, in einer grünen Stadt zu leben.

Allerdings rege die CDU-Fraktion dringend an, dass sich das Bauamt bei Bauvoranfragen und Bauanträgen mit den zukünftigen Bauherren direkt ins Benehmen setzt und prüft, welche Bäume sich auf dem zu bebauenden Grundstück befinden und ob der neue Baukörper sich auch so in das Grundstück einfügen kann, dass diese Bäume erhalten bleiben können und man auf diesem Wege große, ortsbildprägende Bäume schütze. Ein gutes Beispiel hierfür sei die neue Siedlung in der Parkstraße. Dort habe man viele große, am Rande der Neubausiedlung stehende alte Eichen erhalten können. Er gehe davon aus, auf diesem Wege auch zu vernünftigen Lösungen mit den Bürgern zu kommen.

Herr Dr. Bäumle-Courth bekräftigt, dass in künftiger Bauleitplanung vorhandene Bäume zwecks Erhalts mit erfasst werden sollen, wie bereits in der Parkstraße geschehen.

Herr Buchen macht darauf aufmerksam, dass in der Diskussion zu unterscheiden sei, ob man in Bergisch Gladbach Bäume erhalten oder ob man eine Baumschutzsatzung haben wollen. Man lasse

sich leicht von der Vorstellung irreführen, dass die Baumschutzsatzung umfassend Bäume schütze, aber Baurecht breche Baumrecht.

Hinzukomme, dass auch im Fachbereich Stadtgrün Personal fehle und für den Baumschutz wieder eine zusätzliche Stelle eingerichtet werden müsse. Er gehe davon aus, dass die dafür anfallenden Personalkosten anderwärts effizienter eingesetzt werden könnten. Es werde immer wieder angemerkt, dass nach Wegfall der Baumschutzsatzung Bäume gefällt worden seien. Nicht klar sei dabei, in welchen dieser Fälle eine Baumschutzsatzung das verhindert haben würde.

Herr Galley spricht sich für die SPD-Fraktion eindeutig für die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung aus, falls Bäume wirklich geschützt werden sollen und die Stadt Bergisch Gladbach langfristig ihren Charakter als „Grüne Stadt am Rande von Köln“ bewahren wolle. Er halte den Vorschlag von Herrn Mömkens, bauwillige Bürgerinnen und Bürger zwecks Erhaltung des Baumbestandes umfangreich zu beraten, für nicht wirklich praktikabel, da wiederkehrend argumentiert worden sei, dass aufgrund der knappen personellen Gegebenheiten im Fachbereich, Anträge nicht zeitnah bearbeitet werden könnten und man eine Liste vor sich herschiebe. Ohne jeden Zweifel habe man nach Aufhebung der Baumschutzsatzung im Jahre 2005 in Refrath häufiger die Motorsäge hören können als zuvor. Die Hemmschwelle sei einfach deutlich niedriger.

Herr Schallehn stimmt dem uneingeschränkt zu.

Ferner hält er für typisch, dass die CDU-Fraktion Maßnahmen für den Umweltschutz abwehrend gegenüber stehe, insbesondere, wenn sie ein bisschen Kosten verursachen würden. Zur Gegenfinanzierung, zumindest für eine halbe Stelle, schlage die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN die derzeitigen Mindereinnahmen durch die Brötchentaste vor.

Eine Baumschutzsatzung nur in einzelnen Stadtteilen einzuführen halte er für überhaupt nicht kommunizierbar und für keinesfalls gerecht der Bürger untereinander. Er erkundigt sich nach dem Baumschutzkataster, das er im Vergleich zu einer Baumschutzsatzung für wenig wirksam und somit für einen zahnlosen Papiertiger hält.

Herr Leuthe teilt mit, dass die Erfassung ortsbildprägender privater Bäume auf Privatgrundstücken in der Presse kommuniziert worden sei und man ein Formular zur Anmeldung von der städtischen Homepage herunterladen könne, wovon aber erst 8 Bürger Gebrauch gemacht hätten.

Ein straßenweises Kataster der städtischen Bäume gebe es schon seit einiger Zeit. Inzwischen würden die städtischen Bäume zur leichteren Lokalisierung alle einzeln nummeriert. Von den geschätzten 16.000 Bäumen seien bisher ca. 9.000 erfasst.

Herr Schmickler informiert, dass die Annahme, ortsteilbezogener Baumschutz sei juristisch nicht möglich, durch umfängliche juristische Prüfung widerlegt worden sei. Daher habe man inzwischen den satzungsmäßigen Baumschutz in der Gronauer Waldsiedlung konkret in Bearbeitung. Er kümmere sich persönlich darum, da die Gronauer Waldsiedlung einen Sonderfall darstelle. Die Bäume dort seien nicht alle irgendwann gepflanzt worden, sondern würden noch aus der Zeit stammen, als dort Wald gewachsen sei, stünden auch in besonderer Konzentration dort und bildeten auch im ökologischen Sinne ein Verbundsystem, was in anderen Bereichen der Stadt nicht anzutreffen sei.

Als zweites betont Herr Schmickler, dass die personelle Situation insgesamt im Haus sehr angespannt sei und bittet zu respektieren, dass man nicht irgendwo Kapazitäten freisetzen könne. Wenn man eine Baumschutzsatzung wolle, müssten auch die Recourcen dafür bereitgestellt werden, zumal nach seiner Erfahrung der Beratungsbedarf der Bürgerinnen und Bürger und das Konfliktpotential in den Nachbarschaften nicht abgenommen habe, sondern die Angelegenheiten eher beratungsintensiver geworden seien als vor 10 – 15 Jahren.

Herr Dr. Baeumle-Courth vergewissert sich, dass derzeit aktueller Beratungsbedarf gegeben sei, nur ohne eigens ausgewiesene Stelle?

Herr Schmickler verneint dies und führt aus, dass in anderen städtischen Bereichen, wie der Bauaufsicht oder dem Straßenbau, heute Themen viel komplexer diskutiert würden, die früher nicht einmal thematisiert worden wären. Das gelte ebenso für größere Projekte wie auch manchmal für winzige, kleine im nachbarschaftlichen Miteinander.

Herr Schallehn findet die Einbeziehung der 16.000 von einer Baumschutzsatzung nicht geschützten städtischen Bäume in die Diskussion um die Wiedereinführung der Baumschutzsatzung lächerlich. Der Baumschutzsatzung stünden nur die 9 erfassten Bäume auf Privatgrund gegenüber.

Falls es wider Erwarten doch zu einem inhaltlichen Beschluss komme, regt Herr Schallehn folgende geänderte Formulierung bei Ausnahmebäumen an: „Ausnahmebäume: Nadelbäume außer Eiben und Hybridpappeln“, zum Schutz der heimischen Schwarzpappel.

Herr Dr. Baeumle-Courth dankt für den Hinweis und schlägt vor, zunächst einen Grundsatzbeschluss zu fassen und gegebenenfalls im Anschluss daran einen redaktionellen.

Frau Bähler-Sarembe appelliert nochmals an die CDU-Fraktion, den Bürgerwillen nicht zu ignorieren und der Wiedereinführung der Baumschutzsatzung zuzustimmen.

Herr Buchen stellt nachdrücklich klar, dass auch der CDU-Fraktion der Schutz der Bäume in der Stadt wichtig sei, was sich auch in diesem Ausschuss schon in der Vergangenheit mehr als deutlich gezeigt habe. Er erinnert in diesem Zusammenhang an die Diskussionen mit dem Architekten um die Bäume in der Fußgängerzone. Es gebe keinen Streit um den grundsätzlichen Schutz der Bäume, sondern nur unterschiedliche Meinung darüber, ob die Baumschutzsatzung das richtige Instrument sei, um das zu erreichen.

Herr Dr. Baeumle-Courth lässt abstimmen:

Der Verwaltungsvorschlag „**Eine Wiedereinführung der Baumschutzsatzung für das gesamte Stadtgebiet Bergisch Gladbach, wie das mehrere Petenten im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden angeregt haben, wird abgelehnt.**“ wird

mit den Stimmen der CDU- und FDP-Fraktion und der Fraktion der Freien Wähler gegen die Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der SPD-Fraktion und der der Fraktion DIE LINKE./BfBB, also 10 zu 7 Stimmen, angenommen.

8. IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach

0544/2013

Herr Dr. Baeumle-Courth merkt an, dass es sich vorliegend um eine Beschlussvorlage handelt.

Die Fragen von Herrn Herr Höring nach der Höhe der Beträge aus den vergangenen Jahren und Herrn Mömkes, ab wann ein Grab zurückgegeben werden könne, beantwortet

Herr Leuthe wie folgt:

Die Beträge seien sehr gering, in 2012 - 3.029,46 € und in 2013 bisher 6.157,10 €. Daher liege der Grund für diesen Änderungsvorschlag nicht im Einsparen von Geld, sondern im Ersparen von aufwendiger Verwaltungsarbeit und dem Wegfallen lassen von Anreizen. Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestliegezeit betrage 30 Jahre. Danach könne man die Nutzung von Familiengräbern wahlweise um z.B. 20 Jahre verlängern.

Bei Einführung der derzeitigen Regelung habe man Anreize schaffen wollen, Familiengräber vorzeitig zurückzugeben, da z.B. in Refrath zeitweise keine freien Grabstätten mehr verfügbar gewesen seien. Das habe sich infolge der vermehrten Bestattung in Urnengräbern und im Begräbniswald sowie aufgrund der stark gestiegenen Gebühren gewandelt. Wenn nach Ablauf der gesetzlichen Liegezeit ein Teil der Verlängerungszeit abgelaufen sei und man sich entscheide auf das Grab zu verzichten, könne man derzeit für den Rest der Verlängerungszeit das Grab

zurückgeben und erhalte die Gebühren erstattet. Dieser hohe Verwaltungsaufwand der Rückberechnung nach alten Sätzen solle aufgeben werden. Zusätzlich sei man über jeden froh, der die althergebrachte Bestattungskultur beibehalte und das Grab weiter pflege.

Der Beschlussvorschlag: **"Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr empfiehlt dem Rat, die IV. Nachtragssatzung zur Gebührensatzung für die Friedhöfe der Stadt Bergisch Gladbach (Friedhofsgebührensatzung) in der Fassung der Vorlage zu beschließen."** wird einstimmig beschlossen.

9. Erneuerung der Ottostraße

0631/2013

Herr Mömkes informiert, dass sich die Sachlage in einigen Punkten im Gegensatz zur Sitzung vom 19.09.2013 geändert habe. Die Straße noch weiter zu reduzieren und einen Grünstreifen anzulegen sei nicht mehr Gegenstand der Vorlage. Da deren Inhalt dem deutlichen Wunsch der Anwohner sowohl vom Burgplatz als auch der Ottostraße entspreche, werde diesem Kompromissvorschlag seitens der CDU-Fraktion gefolgt.

Herr Galley erwähnt, dass auch dieses Thema vorher im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden thematisiert worden sei. Es mache deutlich, dass Bürger ihre Anliegen auf diesem Wege durchsetzen könnten, was ein sehr gutes Zeichen für die Bürgerschaft setze. Die SPD werde auch zustimmen.

Die Frage von Herrn Krafft nach den zu erwartenden Kosten beantwortet Herr Hardt mit dem Hinweis, dass sich an der in der Sitzung vom 19.09.2013 vorgelegten Kostenkalkulation für den Ausbau nichts ändere.

Herr Dr. Baeumle-Courth lässt abstimmen:

Der Beschlussvorschlag **„Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt, abweichend vom seinerzeitigen Beschluss, den Ausbau der Ottostraße gemäß der in der Sitzung am 19.09.2013 vorgestellten Form.“** wird einstimmig angenommen.

10. Verkehrsführung Buchmühle

0642/2013

Herr Dr. Baeumle-Courth informiert (der Vorgang sei auch zunächst im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden behandelt worden), dass ihm die Petenten zu Beginn der Sitzung die damals im Ausschuss erwähnte Unterschriftenliste übergeben hätten, die er an die Verwaltung zur Dokumentation weiterreiche.

Herr Höring teilt mit, dass sich die CDU-Fraktion nach langer Diskussion im Arbeitskreis dazu durchgerungen habe, der Einrichtung des Beidrichtungsverkehrs zuzustimmen. Ob dieses zu einer Verbesserung der Situation der Händler führe und zu einer besseren Auslastung des Parkplatzes werde kontrovers gesehen. Ebenso, ob die Breite ausreiche.

Diese Regelung könne aber vorerst maximal bis 2017, bis zur Öffnung der Strunde, gelten, was auch den Händlern eindeutig kommuniziert werden müsse. Danach müsse man die Gegebenheiten erneut prüfen und darüber beschließen.

Herr Krafft erkundigt sich bei Herrn Hardt nach den finanziellen Auswirkungen dieser Umplanung. Ferner interessiert ihn, ob der zweite Baum wegen der Einrichtung von Außengastronomie endgültig wegfalle oder andernorts gepflanzt werde.

Herr Hardt hält die anfallenden Kosten für die Umschilderung für gering, da sie mit eigenen Mitteln erfolge. Zu dem Baum könne er nichts sagen.

Herr Dlugosch führt aus, dass die Fraktion die LINKE./BfBB auch den Wunsch der anliegenden Geschäftsleute unterstütze. Ihm ist wichtig, dass durch den Beidrichtungsverkehr niemand gefährdet werde. Daher schlägt er für dort die Einführung von Tempo 10 vor.

Herr Zalfen informiert, dass auch die SPD Fraktion dieses Vorhaben im Arbeitskreis heftig diskutiert habe. Trotz der Bedenken zu dem Beidrichtungsverkehr wegen der Enge der Örtlichkeit, habe man sich für Zustimmung entschieden, aber mit dem Hinweis auf besondere Wachsamkeit hinsichtlich Unfallgefährdung.

Herr Schallehn wünscht sich im Namen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN mehr planerische Kontinuität. Daher würde seine Fraktion dafür stimmen, die kürzlich gefundene und umgesetzte Entscheidung bis zur Öffnung der Strunde 2017 beizubehalten und dann neu zu entscheiden.

Herr Krafft sorgt sich, wie verhindert werden könne, dass sich beim Beidrichtungsverkehr ein 40-Tonner-LKW festfahre. Ihn interessiert ob Hinweisschilder zur Tonnagebeschränkung aufgestellt werden sollen.

Herr Hardt hält dieses Risiko gerade durch den Beidrichtungsverkehr für gering, denn ein PKW könne zurücksetzen. Die bereits bestehende Tonnagebeschränkung werde beibehalten.

Herr Dr. Baeumle-Courth lässt abstimmen:

**Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr beschließt
mit den Stimmen der CDU-, FDP- und SPD-Fraktion, der Stimme der Freien Wähler und der
der Fraktion DIE LINKE./BfBB,
gegen die beiden Stimmen der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
in der Buchmühlenstraße Beidrichtungsverkehr einzurichten, mit der Maßgabe 2017 erneut
darüber zu beschließen.**

**Damit ist gleichzeitig der Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, die alte Regelung
beizubehalten bis zur endgültigen Regelung in 2017, abgelehnt.**

**11. Beschlüsse zum Abstimmungsverhalten des städtischen Delegierten in der
47. Verbandsversammlung des Strundeverbandes am 15.12.2013
0616/2013**

Herr Zalfen informiert, dass die SPD-Fraktion den Bürgermeister gebeten habe zu klären, ob generell für alle eigenbetriebsähnlichen Einrichtungen oder solchen wie dem Strundeverband eine einheitliche Regelung zur Neubestellung von Wirtschaftsprüfern erlassen werden könne. In der Stadtverkehrsgesellschaft sei kürzlich erst ein Wirtschaftsprüfer neu bestellt worden, was nach Ministerialerlass alle fünf Jahre erfolgen solle. Es werde aber wohl unterschiedlich gehandhabt.

Herr Schmickler wird diese Thematik mit dem Kollegen des Zentralen Controllings besprechen. Ein Rhythmus von 7 Jahren werde als sinnvoller Kompromiss erachtet. Zu bedenken sei, dass jeder Wechsel einen erheblichen Aufwand bei den Wirtschaftsprüfern zur Folge habe, was entsprechend in Stundensätzen honoriert werden müsse. Andererseits solle der Zeitraum aber auch nicht zu lang sein.

Herr Dr. Baeumle-Courth erkundigt sich nach dem Grund, dass die beiden Punkte 9 und 10 der Einladung als Beschlussvorlage nicht Bestandteil der Beschlusstabelle sind.

Herr Schmickler informiert, dass sich die Regelungen des städt. Controllings auf solche Gesellschaften beziehen, an denen die Stadt mehrheitlich beteiligt ist. Das sei aufgrund des Wasserverbandsgesetzes beim Strundeverband nicht der Fall und auch nicht möglich. In diesem Zusammenhang erinnert er an die Diskussionen, als ein dem Zahlungsanteil entsprechender Stimmenanteil gewünscht wurde. Aufgrund des dem Verband zugrunde liegenden Gesetzes sei das jedoch nicht möglich. Allerdings seien Sachverhalte definiert worden, die dem städtischen Controlling und damit den Beschlüssen hier unterliegen. Die beiden vorgenannten Punkte, zu welchen Terminen der Verbandsbeitrag in dem jeweiligen Jahr zu entrichten sei und die Festlegung von reinen Unterhaltungsarbeiten seien davon nicht erfasst.

Herr Wagner vom Abwasserwerk räumt ein, dass es sich vorliegend um ein jahrelanges Procedere handle, das bisher nicht hinterfragt worden sei, aber jederzeit geändert werden könne.

Frau Bilo erkundigt sich nach der Stellungnahme der Prüfungsgesellschaft. Unter Punkt 3. 7. 2 „Wertgrenzen“ steht, dass „ein Grundsatzbeschluss der Verbandsversammlung gem. § 11 Nr. 14 der Satzung, mit dem die Wertgrenzen für die Entscheidungsbefugnisse des Vorstandes festgelegt werden, liegt nicht vor.“ Sie möchte wissen, ob das von Bedeutung ist oder nicht.

Herr Wagner vom Abwasserwerk sichert zu, diese Aussage mit dem Wirtschaftsprüfer zu diskutieren und falls rechtlich erforderlich, eine Satzungsänderung vorzubereiten. Ähnlich der Handhabung in der Vergabeordnung werde bei Überschreitung bestimmter Wertgrenzen vorab die Verbandsversammlung beteiligt.

Herr Jentsch erkundigt sich nach Tagesordnungspunkt 8. Dort werde im Vermögenshaushalt von 2,85 Mio. geredet, im Haushaltsplan hingegen von 1,3 Mio. Schließlich klärt sich, dass die 2,85 Mio. Euro der falsche Betrag sind und 1,3 Mio. Euro der richtige.

Herr Krafft weist auf Seite 79 auf die Vergütung der Geschäftsführung hin, einschließlich der Übernahme der pauschalen Lohnsteuer. Er fragt, ob das auch in den vergangenen Jahren so veranschlagt worden sei oder ob es sich um eine neue Regelung handle.

Herr Wagner vom Abwasserwerk informiert, dass diese Regelung seit der letzten Verbandsversammlung neu sei. Es handle sich um eine Vergütung, die von dem städtischen Vertreter mit beschlossen worden sei. Die dafür anfallende Lohnsteuer werde vom Verband unmittelbar an das Finanzamt abgeführt.

Herr Dr. Baeumle-Courth erkundigt sich abschließend nach strittigen Punkten und lässt abstimmen: **„Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr empfiehlt, mit Ausnahme der Stimme der Fraktion Die Linke./BfBB, dem Rat zu beschließen, den städtischen Vertreter in der 47. Verbandsversammlung zu den TOPen**

4 (Jahresrechnung 2012 sowie Entlastung des Vorstandes),

7 (Investitionsplan für die Jahre 2013 – 2017),

8 (Haushaltsplan für das Geschäftsjahr 2014),

11 (Bestimmung der Prüfstelle für die Jahresrechnungen 2013 gemäß § 11, Pkt. 11 der Satzung) und

12 (Wahl des Geschäftsführers) zustimmen zu lassen.

12. Aufstellung eines Hochwasser-Schutzkonzeptes für den Frankenforstbach

0442/2013

Herr Schallehn hält das Hochwasserschutzkonzept für eine gute Sache und bittet darum, es nach dem Aufstellungsbeschluss mit den Betroffenen postalisch oder mittels Infoveranstaltung zu kommunizieren. Er sieht keine Schwierigkeiten darin, auch schon vor einem Ausschussbeschluss

Maßnahmen, die als Möglichkeiten für Privatleute von dem Planungsbüro ermittelt werden, dann auch an diese zu kommunizieren.

Herr Wagner vom Abwasserwerk hält für sehr sinnvoll, jeglicher Aussage nach außen eine Ausschussentscheidung voranzustellen und sie erst dann entsprechend zu kommunizieren, um das Wecken unnötige Begehrlichkeiten zu verhindern. Zunächst müsse die Aufstellung eines Konzeptes mit eindeutiger Zielvorgabe, ob man sich z.B. auf ein fünfzehnjähriges Hochwasser oder ein hundertjähriges einstelle oder gar nichts mache, im Ausschuss beschlossen werden, da es im Wesentlichen mit Geldern verbunden sei.

Herr Dr. Baeumle-Courth fasst zusammen, nach jedem einzelnen Schritt wieder den Ausschuss einzubeziehen.

Herr Krafft stellt fest, dass der Frankenforstbach im Hochwasserschutzkonzept bisher noch nicht erfasst worden sei und erkundigt nach weiteren nicht erfassten Wasserläufen im Stadtgebiet.

Herr Wagner vom Abwasserwerk stellt klar, dass es sich beim Hochwasserschutz im Prinzip um eine freiwillige Aufgabe der Stadt handle und sich jeder Bürger, wie die Bezirksregierung auf ihrer Homepage schreibe, selbst zu schützen habe. Mittels Brückenbaumaßnahmen und bei Durchlässen werde in das Gewässer eingegriffen und damit das gesamte System beeinflusst. Wenn dadurch Bürger in Mitleidenschaft gezogen würden, entstünde Handlungsbedarf für die Stadt. Dieses sei auf den Gefahrenkarten für den Saaler Mühlenbach dargestellt.

Beim Frankenforstbach seien genau die Flächen in den Karten der Bezirksregierung nicht aufgezeigt, die am 20.06.2013 sehr umfangreich überflutet worden seien. Er sehe Handlungsbedarf darin zu ermitteln, woran das liege und ein entsprechendes Konzept hierfür zu erarbeiten. Für die Strunde sei das in der Vergangenheit bereits umfassend geschehen. Die Bereiche des Katterbachs und des Mutzbachs sowie des Leimbachs lägen in der Zuständigkeit des Wupperverbandes bzw. des Aggerverbandes. Bei dortigen Auffälligkeiten müsse der informiert werden.

Herr Dr. Baeumle-Courth lässt abstimmen. Der Beschlussvorschlag,

„Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr wird beauftragt ein Hochwasserschutzkonzept für den Frankenforstbach bis zum Abschlag in den Rechtsrheinischen Kölner Randkanal an der Stadtgrenze zu Köln aufzustellen.“ wird einstimmig angenommen.

13. Haushalt 2014 des Fachbereiches Umwelt und Technik für die Produktgruppen Verkehrsflächen, Stadtgrün und Umweltschutz **0632/2013**

Herr Zalfen erläutert den dem Ausschussvorsitzenden, Herrn Dr. Baeumle-Courth, vorgelegten Antrag der SPD-Fraktion vom 02.12.2013 mit drei Änderungswünschen zu dem überarbeiteten Haushaltsplanentwurf 2014:

„1. Verkehrsflächen: Löschung der Haushaltsstelle 76014372 und Übertragung der Mittel in voller Höhe auf die Haushaltsstelle 82333600 Waatsack vs. Schulen.“ (d. h. keine Mittel für den Ankauf des Waatsacks sondern Verwendung dieser Mittel für die Sanierung von Schulen.)

„2. Stadtverkehrsgesellschaft: Reduktion Ausgleich des Fehlbetrages Ansatz zur Zeit 135.000 € auf 100.000 €“, das bedeute, dass angesichts des auf 269.000 € aufgelaufenen Vermögens die zum Ausgleich des Fehlbetrages im Entwurf genannten 190.000 € nicht nur auf 135.000 € reduziert werden sollten, sondern auf glatte 100.000 €.

„3. Abwasserwerk: Zur Verstetigung der Investitionen wird ein Deckel von 13 Mio. € als ausreichend erachtet. Eventuell Umwidmung von 50.000 € für Rechtsberatung in den Gesprächen mit der Bezirksregierung über das Abwasserbeseitigungskonzept. Erläuterungen folgen mündlich.“

Die Deckelung der Investitionen im Abwasserbereich auf 13. Mio. € sei willkürlich erfolgt und könne diskutiert werden. Anliegen der SPD-Fraktion sei es, nicht das absolut Mögliche umzusetzen, sondern das Notwendige. Zur diesbezüglichen Rechtssicherheit werde vorgeschlagen, Rechtsberatung zu Gesprächen mit der Bezirksregierung über das Abwasserbeseitigungskonzept in Anspruch zu nehmen und hierfür 50.000 € in den Haushalt einzustellen.

Herr Schmickler bestätigt, dass für das Thema Waatsack der AUKV der richtige Ansprechpartner sei. Hier sei zu entscheiden, ob man die verkehrliche Maßnahme wolle oder nicht. Die Mittelverwendung werde andernorts diskutiert.

Hinsichtlich des Vorschlags 2 habe er Probleme mit der Vorstellung, dass nach derartigen Kürzungen das Schülerticket den 10-Minuten-Takt finanziere. Die Aufwendung hierfür und für die Sammeltaxis betrügen 140.000 € - 150.000 €, so dass sogar der Ansatz von 135.000 € schon darunter liege. Eine weitere Reduzierung auf 100.000 € halte er gegenüber den Nutzern für kaum begründbar.

Die Frage zu den 50.000 € im Abwasserbereich sei am Vortag in der Sitzung des Infrastrukturausschusses bereits ausgiebig diskutiert und mit einer breiten Mehrheit abgelehnt worden. In diesem Zusammenhang weist er erneut darauf hin, dass diese Vorschriften, die bei dem letzten Glied der Kette, den Gemeinden, zu hohen Kosten und Verwaltungsaufwand führten, von Mitgliedern der Parteien in Europaparlament, Bundestag und Landtag beschlossen würden. Diese Thematik werde zu einem drängenden Problem in tausenderlei Sachfragen.

Herr Dr. Baeumle-Courth bestätigt dieses.

Herr Höring erinnert an den in jüngster Vergangenheit getroffenen Grundsatzbeschluss zum Umbau des Kreuzungsbereiches Odenthaler Straße/Hauptstraße, an den sich die CDU-Fraktion gebunden fühle und folglich gegen den SPD-Antrag votieren werde. Die entsprechende Mittelbereitstellung hierfür sei nur logisch.

Herrn Buchen verwundert der Änderungsantrag zur Stadtverkehrsgesellschaft, denn in der Aufsichtsratssitzung sei dem Haushaltsaufstellungsbeschluss für 2014 einstimmig zugestimmt worden. Vor dem Hintergrund der Kürzung von 190.000 € auf 135.000 € seien die einzelnen Geschäftsfelder wie 10-Minuten-Takt, das Schülerticket, die Radstation und die Kioskbetreibung explizit benannt worden. Bei Reduzierung auf 100.000 € sei der Haushaltsplan der Stadtverkehrsgesellschaft obsolet. Er erkundigt sich bei Herrn Schmickler wie es zu lösen wäre, wenn der Beschluss so gefasst würde.

Herr Schmickler informiert, dass die Einnahmen und Ausgaben im Wirtschaftsplan sorgfältig berechnet und aus Erfahrungswerten geschätzt worden wären, was sich gerade im Feld Schülerticket als schwierig erweise, weil die Finanzierungssystematik die Zahl der Erstattungsanträge als Komponente habe, eine Zahl, die man vorab nicht kenne und auch nicht beeinflussen könne. Er als Geschäftsführer der Stadtverkehrsgesellschaft mit juristischer Verantwortung komme irgendwann an einen Punkt, an dem ihm die Zahlen als zu spekulativ erschienen. Er wolle und dürfe weder wirtschaftliche Probleme noch gar eine Insolvenz zu vertreten haben. Er weist nachdrücklich darauf hin, dass der Öffentliche Personennahverkehr seit Jahren gute Arbeit leiste und in kleinen Schritten jährlich fortentwickelt werde.

Herr Dlugosch erkundigt sich, wozu für die Fußgängerzone Bensberg 260.000 € aufgewendet werden müssten. Seines Wissens werde der Investor die Umgestaltung vornehmen und finanzieren.

Herr Schmickler informiert, dass der Investor Teilflächen der Fußgängerzone bebaue und derzeit bebaute Flächen in den Bereich der Fußgängerzone einbezogen würden.

Hinzu komme, dass die Fläche der Fußgängerzone in den 60er/70er Jahren mit Verbundsteinen gepflastert worden sei, mit denen man üblicherweise Gewerbeflächen oder Parkstreifen belege und die inzwischen erneuerungsbedürftig seien. Es spreche vieles dafür, als Folge des Marktgalerienneubaus in jedem Fall zumindest den Bereich zwischen den beiden Wendeplätzen zu erneuern. Das sei im Vergleich mit anderen Fußgängerzonen im Stadtgebiet eine deutlich bescheidenere Lösung, da es aufgrund guter Substanz des Untergrundes und unveränderter Höhenverhältnisse im Wesentlichen nur um eine Erneuerung des Belages gehe. Bei einer kleinen Bürgerversammlung der CDU-Fraktion vor zwei Wochen hätten die Anlieger darum gebeten, die gesamte Schlossstraße neu zu gestalten.

Herr Galley hat kein Verständnis für die Mittelbereitstellung zum Grundstückserwerb vorab und die daran anschließende Translozierung des Waatsacks im Hinblick auf den enormen Sanierungsbedarf der städtischen Schulen. Daher werde die SPD-Fraktion mit den ihr zur Verfügung stehenden Mitteln alles daran setzen, eine entsprechende Mittelumverteilung herbeizuführen.

Herr Zalfen ergänzt seine Ausführungen zur Stadtverkehrsgesellschaft, dass dieser Antrag auf Empfehlungen eines Wirtschaftsprüfers basiere. Vermögen in anderen Gesellschaften zu parken, halte die SPD-Fraktion nicht für sinnvoll in der angespannten Situation des städtischen Haushalts. Bei Reduzierung auf 135.000 € könne auch auf eine runde Summe in Höhe von 100.000 € reduziert werden.

Herr Schmickler weist darauf hin, dass nicht beliebig reduziert werden könne, da aufgrund induzierter Verträge bei steigenden Personal-, Werkstatt- und Betriebskosten automatisch mit Teuerungen gerechnet werden müsse. Die Reduzierung auf 135.000 € sei bewusst ermittelt worden.

Herr Mömkes macht darauf aufmerksam, dass bei Änderung der Verkehrsgegebenheiten im Einmündungsbereich Odenthaler Straße/Hauptstraße in jedem Fall vorab der Waatsack und das Kino gekauft werden müssten. Der derzeitige Vorteil liege in verhandlungswilligen Eigentümern, die aber mit dem Verkauf nicht ewig warten, sondern sich irgendwann andere Käufer suchen würden.

Das Geld um jeden Preis in die Schulen zu stecken mache deshalb keinen Sinn, weil aufgrund der Planungsvorschriften noch gar nicht die Möglichkeit bestehe, dieses Geld auszugeben. Das für die Otto-Hahn-Schulen und das Nikolaus-Cusanus-Gymnasium veranschlagte Geld werde für Feinplanungen der Maßnahmen ausgegeben, die im Folgejahr umgesetzt werden sollen.

Darüber hinaus lobt Herr Mömkes die Arbeit der Stadtverkehrsgesellschaft mit dem Hinweis, dass es in kaum einer anderen Stadt in Nordrhein-Westfalen so wenige Schwierigkeiten im ÖPNV gebe. Als nächstes würden Wohngebiete, wie Alt-Refrath, vom ÖPNV erschlossen, um auch älter werdenden Menschen entsprechende Möglichkeiten anzubieten. Auch sollen teilweise große Busse durch kleinere oder durch Elektrobusse ersetzt werden, was gleichzeitig der Mobilität und dem Klimaschutz diene.

Zur Schlossstraße ergänzt Herr Mömkes, dass sie insgesamt im Blick behalten werden müsse, sowohl die Fußgängerzone, als auch die derzeit überhaupt nicht barrierefreien Bürgersteige in der oberen Schloßstraße, an denen dringend Veränderungen vorgenommen werden müssten. Deshalb sei die Veranschlagung der 269.000 € hierzu ein erster Schritt. Er bittet die Verwaltung ausdrücklich darum, bei allen diesbezüglichen Überlegungen die Gesamtgestaltung für weitere Bauabschnitte mit im Blick zu haben.

Herr Zalfen äußert erneut sein Unverständnis über die Kaufabsichten des Waatsacks, denn es sei unklar, was an dieser Kreuzung geschehen solle, vor allem aber die Finanzierung. Zur Schaffung einer Linksabbiegerspur aus Richtung Odenthal kommend, reiche entsprechend den Plänen des Herrn Klatt die Beseitigung der Zanders-Mauer, was deutlich preiswerter sei.

Für die Instandhaltung der Schulen seien früher 4 Mio. € angesetzt worden, inzwischen nur noch 2 Mio., die vielleicht sogar nur noch für die Instandsetzung des Stadionsdaches reichen würden. Neben den Schulen OHG und NCG mit eigenen Haushaltsstellen bestehe auch bei vielen Grundschulen großer Sanierungsbedarf. Daher solle der Betrag lieber in den Gesamtkostentopf Schulen transferiert werden.

Herr Schallehn schlägt als sinnvollere Verwendungsmöglichkeit z.B. die Baumschutzsatzung vor. Zusätzlich erkundigt er sich nach der Straßenbeleuchtung. Ihn irritiere, dass in 2014 nur 50.000 € veranschlagt würden. Er fürchtet, durch ein Hinauszögern keine Einsparungsmöglichkeiten mehr zu haben.

Herr Schmickler erläutert, dass am Knoten Odenthaler Straße/Hauptstraße die Lösung mit Eingriff in die Mauer des Kulturhauses Zanders nur einen kleinen Teil der dort aktuellen Verkehrsprobleme löse. Hingegen seien wesentliche gravierende Probleme so nicht lösbar. Derzeit werde ein starker Zweirichtungsverkehr durch das Wohngebiet Am Mühlenberg und Vollmühlenweg geleitet. Andernorts, wie im Straßenzug Am Rodenbach/Rodemich, habe man derartige Wege unterbunden. Hier sei die Durchfahrtsmöglichkeit jedoch unentbehrlich, wie ein Verkehrsversuch im vergangenen Jahr gezeigt habe. Damals habe man den Verkehr aus Osten kommend nur über die Hauptstraße und die Odenthaler Straße Richtung Odenthal geführt, was zu regelmäßigem Rückstau bis zum Kreisel Locher Mühle geführt habe.

Zum zweiten sei dieser Knotenpunkt für den Radverkehr sehr ungünstig. Zum dritten halte er die äußerst geringe Gehwegbreite gerade an dem Gebäude Waatsack hinsichtlich der Barrierefreiheit für eine der bedenklichsten in der gesamten Innenstadt. Daher stufe er die Änderung dieses Einmündungsbereiches als vordringlich ein und halte die bisherigen Entscheidungen und die Mittelanmeldung keinesfalls für grundlos.

Herr Hardt informiert zur Straßenbeleuchtung, dass bei der Verabschiedung des Doppelhaushaltes 2012/2013 ein relativ hoher Betrag für 2013 und dann Folgebeträge angesetzt worden seien. Der Betrag für 2013 sei bisher noch nicht abgerufen worden und müsse ins Folgejahr übertragen werden. Das erkläre den niedrigen neuen Ansatz für 2014.

Fördermittel seien fristgerecht im ersten Quartal 2013 beantragt worden. Der Bewilligungsbescheid stehe zwar noch aus, aber er gehe von einer Bewilligung aus.

Die Einsparungen beträfen den Ergebnisplan, die Unterhaltungsmittel und die Energiekosten, die in 2014 entsprechend geringer reduziert angesetzt würden. Der Eintritt der Einsparungen verschiebe sich voraussichtlich um ein knappes Jahr.

In Abstimmung mit dem Ingenieurbüro sei die Prognose gut, den Zeitplan zwischen 3 und 4 Jahren etwas beschleunigen zu können, so dass zum Ende hin in voller Höhe und auch zum geplanten Zeitpunkt die Einsparungen greifen.

Herr Höring begrüßt, dass unterschiedliche Meinungen so zivilisiert diskutiert werden könnten. Er gibt zu bedenken, dass unglaublich große Summen für die Schulen ausgegeben werden, dem er zustimme, was aber auch bedeute, dass man bedenken müsse, dass die Mitarbeiter auch nur einen begrenzten Teil bewältigen könnten. Bei Aufstockung der Mittel würde das zwangsläufig auch personelle Aufstockungen zur Folge haben.

Hinsichtlich Waatsack erinnert er daran, dass kein Beschluss gefasst worden sei ein Gebäude zu verschieben, sondern ein Grundsatzbeschluss zur Kreuzungsgestaltung. Diese Entscheidung werde seitens der CDU-Fraktion bekräftigt.

Es sei schon viel Geld für unsinnigere Dinge ausgegeben worden, als den Kauf des Waatsacks, wie für Grundstücke entlang des Bahndamms, wo niemals eine Straße gebaut werde und die man nie wieder loswerde.

Herr Dr. Baeumle-Courth merkt an, dass er diesen einen Nebensatz sehr aufmerksam gehört hat.

Herr Dlugosch ist auch dafür in dem Kreuzungsbereich etwas zu regeln, um die Anwohner der beiden Straßen Am Mühlenberg und Vollmühlenweg von dem intensiven Durchgangsverkehr zu befreien. Ihm erscheint die Variante, Verbreiterung durch Wegnahme der Zanders-Mauer für ausreichend. Er geht davon aus, dass die mögliche Nutzung des Zanders Grundstücks für die Stadt ein Tabuthema sei.

Herr Schmickler erinnert zum Vergleich der Varianten an die Vorlagen der Sitzung in 2012.

Daraus ergebe sich die Erkenntnis, dass die Wegnahme der Mauer Zanders, rein räumlich betrachtet, nur das Raumproblem an einem der drei Äste des Knotenpunktes löse, aus der Odenthaler Straße kommend, links abbiegend in Richtung Osten. Das Problem an dem zweiten Ast, der Hauptstraße aus Richtung Osten kommend, werde durch die Variante Wegnahme der Zanders-Mauer nicht gelöst, denn für den Bau einer eigenen Rechtsabbiegerspur in Richtung Odenthal, zur Entlastung des Wohngebietes, fehle dort an Waatsack und Kino der Platz. Das Durchfahren des Wohngebietes in Richtung Odenthal sei zur Aufrechterhaltung der Leistungsfähigkeit zwingend erforderlich, wie der Versuch im vergangenen Jahr anlässlich einer Baustelleneinrichtung gezeigt habe. Mit Wegnahme der Zanders-Mauer erreiche man also nur ein Drittel der Wirkung, die mit der anderen Variante erreicht würde.

Frau Bähner-Sarembe erkundigt sich danach, was in der Fußgängerzone Bensberg im Zusammenhang mit dem Bau der Marktgalerie getauscht werden solle.

Herr Schmickler erinnert, dass das Tauschgeschäft bei der Marktgalerie Flächen enthalte, die die Stadt an den Investor gebe und Flächen, die dieser wiederum an die Stadt gebe. Bei ersteren handele es sich überwiegend um Flächen innerhalb der heutigen Schloßstraße und Flächen oben, vor allem in dem Bereich zwischen Goethehaus und der heutigen Bebauung. Umgekehrt erhalte die Stadt Flächen in dem Bereich, in dem der große neue Platz entstehen solle, also oberhalb der derzeitigen Naturbühne in den Hang hinein. Hier vor allem im Bereich der heutigen kleineren, derzeit leer stehenden Läden in dem Kopfbau, neben dem Juwelier links.

Herr Dr. Baeumle-Courth lässt abstimmen:

Vorab klärt er, ob beim Antrag der SPD-Fraktion auf den Begriff „Eventuell“ unter Ziffer 3 des Antrags verzichtet werden könne, was Herr Zalfen bestätigt.

Dann lässt er zunächst über den dreiteiligen SPD-Änderungsantrag abstimmen:

Der Antrag 1, **„Löschung der Mittel zum Ankauf des Waatsacks zugunsten der Sanierung von Schulen, entsprechend dem vorgelegten Antrag,“** wird
mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Freien Wähler,
gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktionen,
bei **Enthaltung** der Fraktion DIE LINKE./BfBB **abgelehnt**.

Der Antrag 2, **„Reduktion Ausgleich Fehlbetrag von 135.000 € auf 100.000 €, entsprechend dem vorgelegten Antrag“** wird
mit den Stimmen der SPD-Fraktion und der Freien Wähler,
gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktionen und der Fraktion DIE LINKE./BfBB,
bei **Enthaltung** der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN **abgelehnt**.

Der Antrag 3, **„Umwidmung von Mitteln zur Rechtsberatung, entsprechend dem vorgelegten Antrag“** wird

mit den Stimmen der SPD-Fraktion,
gegen die Stimmen der CDU- und der FDP-Fraktionen und der Freien Wähler,
bei **Enthaltung** der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE./BfBB
abgelehnt.
Somit sind alle 3 Punkte des vorgelegten SPD-Antrages vom 02.12.2013 abgelehnt.

Der eigentliche Beschlussvorschlag: „Der Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Verkehr berät die beigefügten Haushaltsplanansätze entsprechend dem überarbeiteten Haushaltsplanentwurf 2014 für die nachstehenden Produktgruppen und leitet sie in der vorgestellten Fassung zur weiteren Beratung an den Haupt- u. Finanzausschuss bzw. zur Beschlussfassung an den Rat weiter.“ wird
mit den Stimmen der CDU-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN,
gegen die Stimmen der SPD-Fraktion,
bei **Enthaltung** der FDP-Fraktionen der Freien Wähler und der Fraktion DIE LINKE./BfBB
angenommen.

14. Anträge der Fraktionen

14.1. Antrag der Fraktion DIE LINKE./BfBB vom 02.09.2013 ausreichend Stell- und Parkplätze für Fahrräder, E-Bikes und motorisierte Zweiräder zu schaffen **0611/2013**

Herr Dlugosch hält das Abstellproblem für zweirädrige Motorfahrzeuge nach wie vor für bedeutsam. Da die Verwaltung in der Vorlage geschrieben habe, dass ein konkretes Konzept hierfür erarbeitet werde, warte er, bzw. die Fraktion die LINKE./BfBB diese Erstellung ab und ziehe den vorliegenden Antrag formal zurück.

14.2. Antrag der CDU-Fraktion vom 18.03.2013, eingegangen am 16.04.2013, zum Verkehrskonzept für das Umfeld der Naherholungsanlage am Diepeschrather Weg **0621/2013**

Herr Mömkes hält eine weitergehende Information für nicht erforderlich.

Herr Hardt informiert, dass die Möglichkeit, auf der Gastrasse Parkplätze anzulegen, verwaltungsintern abgeklärt worden sei mit dem Ergebnis, dass ein offizieller Bauantrag gestellt werden müsse. Zum einen liege die ehemalige Nutzung zu lange zurück und zum anderen sollten die Stellplätze zwar im Bereich der Verkehrsfläche, aber gegenüber der im Bebauungsplan vorgesehenen Stelle angelegt werden. Er halte das für eine Formalie, so dass seines Erachtens spätestens im Frühjahr die Stellplätze geschaffen werden könnten.

Herr Höring teilt mit, dass in der Arbeitsgruppe Konsens darüber bestehe, diese Parkplätze zu bauen und dann zu beobachten, ob dadurch die Parksituation für die Anwohner nachhaltig verbessert werde und die Parkverstöße zurückgehen. Ansonsten müsse mit der RVK nach einer weitergehenden Lösung gesucht werden.

Herr Schallehn hält die vorgenommenen Prüfungen für nicht ausreichend. Schließlich gehe es um einen Eingriff ins Landschaftsschutzgebiet und da um artenschutzrechtliche Prüfung und Ausgleichsmaßnahmen. Er möchte diese Prüfungen erst abwarten.

Herr Jäger bekräftigt die Ausführungen von Herrn Hardt und informiert, dass die Befreiung von den Vorgaben des Landschaftsschutzes bereits beantragt worden sei.

Zur Verdeutlichung weist Herr Hardt noch darauf hin, dass es sich vorliegend keinesfalls um Büsche oder zu rodende Waldfläche handle, sondern um einen verkrauteten, verwilderter Bereich, wo nur niedriges Gras wachse und darunter bereits vor ca. 20 Jahren zu Parkzwecken Schotter aufgebracht worden sei.

Herr Dr. Baeumle-Courth lässt in Orientierung am letzten Absatz der Vorlage auf Seite 105 abstimmen:

Der Ausschuss für Umwelt Klimaschutz und Verkehr beschließt mehrheitlich, mit einer Enthaltung aus der SPD-Fraktion, auf der Gastrasse eine Fläche für zunächst weitere 30 Stellplätze auf einer Länge von 75 m mit Schotter anzufüllen und zu befestigen.

Im Anschluss begrüßt Herr Dr. Baeumle-Courth Herrn Kraus, und verabschiedet Herrn Buchen.

14.3. Antrag der FDP-Fraktion vom 30.09.2013 zur Einrichtung weiterer Kurzzeitparkplätze an der Endhaltestelle der S-Bahn oder des Busbahnhofs
0622/2013

Herr Jentsch dankt der Verwaltung für die Ausarbeitung der Vorlage und weist darauf hin, dass die eigentliche Intention gewesen sei, in der Nähe der S-Bahnhaltestelle wirkliche Kurzzeitparkplätze, also Haltemöglichkeiten einzurichten, wo man mit Gepäck schnell rausgelassen werden könne. Er erkundigt sich nach der Möglichkeit, solche einzurichten.

Herr Schmickler führt aus, dass man anfangs solche Kurzzeitparkplätze entlang der Stationsstraße eingerichtet habe, sogar mehr als heute. Aus unterschiedlichen Gründen habe das aber nicht funktioniert, da diese Plätze doch für längerfristiges Parken genutzt worden seien. Die Überwachung stoße da an ihre Grenzen.

Hinzugekommen sei aufgrund der räumlichen Gesamtsituation, dem Bahnsteig und den Bahngleisen auf der einen Seite und der Bebauung der Stationsstraße auf der anderen Seite, dass die Zahl der Plätze nie ausgereicht hätte. Insofern sei es wahrscheinlich vernünftiger, jenseits der Gleise Kurzzeitparkplätze anzubieten, weil man dort nicht so sehr den Parkdruck aus dem Einkaufsbereich habe und von wo aus man den Bahnhof trotzdem noch gut erreichen könne.

Der restliche Bereich des so genannten Kopfgrundstücks läge auch im Eigentum des Stadtentwicklungsbetriebes. Zu diesem Bereich gebe es fast wöchentlich berechtigte Beschwerden, da dieses Grundstück auch von den Taxifahrern als öffentliche Bedürfnisanstalt zweckentfremdet werde. Es sei versucht worden das Problem durch Einzäunen abzuwenden, aber die Schlösser und Ketten seien mit schwerem Werkzeug durchtrennt worden. Ein Kollege, der zu einem harten Ton fähig sei, habe der Taxifahrergruppe klar gesagt, welche Konsequenzen überlegt würden, z.B. die einer Videoüberwachung. Die Taxifahrer sprächen klar aus, sich durch nichts davon abhalten zu lassen. Als Lösungsmöglichkeit werde derzeit von der Verwaltung in Erwägung gezogen und geprüft, diese Fläche einer öffentlichen Nutzung zuzuführen und dazu die gesamte Fläche als Parkplatz herzurichten mit einem kleineren Bereich für Kurzzeitparkplätze.

Das habe den Vorteil, weitere bewirtschaftete Parkplätze zur Verfügung zu haben, die Drecksecke verschwinde und die Kurzzeitparker wären nicht darauf angewiesen, über die Johann-Wilhelm-Lindlar-Straße gehen zu müssen, sondern könnten westlich des Containers direkt auf den Bahnsteig gelangen, was ihren Weg um ca. 50 m verkürze.

Herr Mömkes begrüßt diese Möglichkeiten auch im Namen der CDU-Fraktion und weist darauf hin, dass allen klar sein müsse, dass es sich nur um eine temporäre Lösung handeln könne, da das Grundstück irgendwann bebaut werde. Die Zeit bis dahin solle genutzt werden, eine langfristige Unterbringung der Kurzzeitparkplätze zu finden.

Frau Bilo findet den Vorschlag gelungen. Sie erwähnt, dass es für jemand ortsunkundigen ziemlich anspruchsvoll sei, aus der Stationsstraße kommend, diese Kurzzeitparkplätze zu finden. Im Übrigen störe auch sie die ungenierte Nutzung des Grundstücks und regt an, dort mehr Streife zu gehen, um die untragbaren Zustände einzudämmen.

Herr Höring erkundigt sich nach den Kosten für den Parkscheinautomaten, der ohne Geld- und Geldkartenfunktion installiert werden solle. Er weist darauf hin, dass das nur wirksam sei, wenn regelmäßig kontrolliert werde. Andernfalls spreche er sich für eine Parkkartenlösung aus.

Für die Überlegung den Parkplatz zu vergrößern fragt er an, wie die Verwaltung sicherstellen wolle, dass die Leute den richtigen Parkplatz anfahren.

Auch stimmt er Herrn Mömkes in der Überlegung zu, sich rechtzeitig Gedanken über eine dauerhafte Kurzparkerlösung zu machen, um Situationen vorzubeugen, die am Busbahnhof entstanden sind, nämlich dass die Stadt beim Bau des Bus- und S-Bahnhofes vergessen habe Möglichkeiten zu schaffen, dass jemand hingebraht oder abgeholt werden könne.

Die Leute hätten die Lösung gefunden, auf der Stationsstraße schnell jemanden aus- oder einsteigen zu lassen, was zum Glück wegen des relativ gemäßigten Tempos nicht zu den allergrößten Verkehrsproblemen führe.

Herr Widdenhöfer weist darauf hin, dass dieser Bereich wegen der Probleme an der Stationsstraße sehr oft kontrolliert werde. Er selbst sehe auch nicht ganz ein, warum man dort einen Parkscheinautomaten aufstellen solle ohne Geldeinwurf. Das sei der typische Bereich für den Einsatz einer Parkscheibe. Da könne man auch 15 Minuten vorgeben oder 30 Minuten und auch das könne kontrolliert werden. Wenn ein Parkscheinautomat aufgestellt werden solle, dann spreche er sich dafür aus, auch einen mit Geldeinwurf zur richtigen Parkraumbewirtschaftung.

Herr Schmickler geht davon aus, dass man mit einer Parkscheibe und einer erlaubten halbstündigen Parkdauer u.U. 59 Minuten dort parken dürfe. Daher halte er eine reine Parkscheibenregelung zur Einhaltung der Kurzzeit für nicht geeignet.

Herr Hardt erklärt, dass vorgesehen sei, dort einen Parkscheinautomaten mit defektem Münzprüfer aus städtischem Bestand aufzustellen, der somit nichts koste und für den man dann keine Münze und keine Geldkarte brauche.

Herr Dr. Baemle-Courth findet diese Form des Recyclings hervorragend. Man müsse ohnehin beide Lösungen überwachen, denn wenn sich erst herumspräche, dass nicht überwacht werde, würden die Parkplätze schnell als Dauerparkplätze genutzt.

Herr Schallehn findet es gut dort Parkplätze, auch zum Kurzzeitparken, zu schaffen. Er spricht sich aber eindeutig dagegen aus, alle Taxifahrer ausnahmslos zu verunglimpfen. Auch fände er es nicht gut, alle Taxis vom Busbahnhof zu verbannen.

Er schlägt vor, in Zusammenarbeit mit den Taxiunternehmern nach einer Lösung für den Winter zu suchen und u.U. einen Aufenthaltscontainer auf Kosten der Unternehmer aufzustellen, um das dauerhafte Laufenlassen der Motoren oder der Standheizung vermeiden zu können.

Zum einen wendet Herr Schmickler ein, dass das Verbannen gar nicht gewollt sei. Im Gegenteil werde zusätzlich zu der bestehenden Taxinachrückerspur auf der Busbahnhofseite eine weitere an der Rheinberg-Galerie geschaffen und damit die Kapazität für Taxen verdoppelt.

Zum anderen erachte er die Finanzierung eines Aufenthaltscontainers seitens der Taxiunternehmer für höchst unwahrscheinlich, denn bereits die gemeinsame Finanzierung eines Dixiklos durch die Taxiunternehmen sei schon gescheitert.

Herr Galley hält die Parkscheinregelung oder ähnliches für nicht praktikabel und schlägt deshalb zu der Kurzzeitparksituation vor, ähnlich den unmittelbar vor den Terminals am Flughafen bereit gestellten Stellplätzen, auch die städtischen Kurzzeitparkplätze mit z.B. 3 € pro Viertelstunde zu bedenken.

Herr Dr. Baeumle-Courth fasst zusammen, dass sich der Antrag der FDP-Fraktion lt. Kommentierung der Verwaltung in Umsetzung befinde und dass in mehreren Beiträgen Wert darauf gelegt würde, sich langfristig über das Kurzzeitparken am S-Bahnhof Gedanken zu machen, da das Grundstück irgendwann bebaut werde und dadurch zu Parkzwecken weg falle. Das zu berücksichtigen wird als Bitte an die Verwaltung einstimmig angenommen.

14.4. Antrag der FDP-Fraktion vom 01.10.2013 zur Neugestaltung der Fahrradabstellplätze am S-Bahnhof
0602/2013

Der Antrag wurde lt. Herrn Jentsch zurückgezogen.

14.5. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN vom 07.11.2013 zur Schulwegsicherung entlang der Straßenbahn Linie 1, Frankenforst - Kippekausen und des Bahndamms Robert-Schumann-Straße zur Saaler Mühle
0635/2013

Herr Dlugosch, Herr Galley und Herr Mömk sprechen sich für die Umsetzung dieses Antrages aus, da der Weg sowohl von Schulkindern als auch von Joggerinnen und Joggern genutzt werde, die auf diesem Wege an die Saaler Mühle gelangen. Eine baldige Umsetzung für Beleuchtung und vernünftigen Ausbau wird favorisiert.

Herr Jentsch ist der Meinung, dass alternativ der beleuchtete Weg über die Parkstraße und die Nachtigallenstraße genommen werden könne und spricht sich gegen einen entsprechenden Umbau aus.

Herr Dr. Baeumle-Courth lässt abstimmen:

Der Antrag zur Schulwegsicherung entlang der Straßenbahn Linie 1, Frankenforst – Kippekausen und des Bahndamms Robert-Schumann-Straße zur Saaler Mühle wird gegen die Stimmen der FDP-Fraktion mehrheitlich angenommen.

14.6. Antrag der CDU-Fraktion vom 08.11.2013 zu Floh- und Trödelmärkten im Stadtgebiet
0643/2013

Herr Mömk bittet darum, dem Verwaltungsvorschlag, den Antrag abzulehnen, nicht zu folgen. Die Argumente der Verwaltung seien nicht nachvollziehbar. Der Antrag betreffe im Wesentlichen nur den reinen Trödelmarkt auf dem Marktplatz Steinbreche und da nur den Sonntag. Auch nicht Trödelmärkte im Zusammenhang mit den Stadtteilstesten, wie dem Kirschblütenfest, denn dann finde der Trödelmarkt im Bereich Siebenmorgen und Peter-Bür ling Platz statt und die Fläche an der Steinbreche stehe weiterhin zum Parken zur Verfügung. Alle anderen aufgeführten Trödelmärkte beträfen Flächen im Besitz der Firmen, wie Knauber, Hammer und Obi. Die Verwaltung habe bei einer Kontrolle vor Ort am 20. Oktober 2013 keine besonderen Auffälligkeiten festgestellt. Ausgerechnet an diesem Tag wäre Herbstferienbeginn gewesen und das Wetter unbeständig, so dass sowohl weniger Händler als auch Besucher den Trödelmarkt aufgesucht hätten.

Bei gutem Wetter sei normalerweise der gesamte Ortskern mit allen Seitenstraßen völlig zugeparkt, teilweise rücksichtslos, bis in Privateinfahrten hinein, so dass zum Teil kein Besuch dort parken könne und selbst die eigene Grundstückszufahrt nicht nutzbar wäre. Diese unzumutbaren Zustände an Sonntagen müssten endlich unterbunden werden. Herr Mömkes bezweifelt, dass die Gebühreneinnahmen allein vom Trödelmarkt in Refrath, wenn er nur an Samstagen stattfinde, zu einem Verlust in Höhe von 18.000 € führen würde, bei 13 Trödelmärkten im Jahr, sondern seines Erachtens nur bei 9.000 €. Weil an den Sonntagen keine Parkgebühren erhoben würden, werde auch nicht kontrolliert.

Herr Widdenhöfer stellt klar, dass es sich um Isteinnahmen handele. Im Gegensatz zu den privaten Flächen, für die nur die deutlich geringere Sondernutzungsgebühr 13 mal im Jahr vereinnahmt werden könne. Er gibt zu bedenken, dass neben den Einnahmen eine große Belebung Refraths erfolge.

Die Politessen hätten zusätzlich auch im Januar, April, Mai, Juni und im August kontrolliert und dabei lediglich einen starken Verkehr festgestellt mit wenigen Verstößen. Allerdings würden alle Parkplätze in Anspruch genommen. Es sei zu entscheiden ob man neben den Einnahmen Belebung mit diesen Konsequenzen wolle oder Ruhe.

Herr Galley hat den Antrag voller Überraschung gelesen. Es treffe zwar zu, dass man gelegentlich etwas länger nach einer Parkmöglichkeit suchen müsse, aber als Refrather kenne man das ja und fahre ohnehin nicht mit dem Auto dorthin. Dieser Trödelmarkt übe eine unglaubliche Faszination bis ins Umland aus, wie den Autokennzeichen Oberberg, Köln und Leverkusen zu entnehmen wäre. Es könne überlegt werden, an diesen Sonntagen Parkgebühren einzuführen, was er begrüßen würde, aber den Trödelmarkt abzuschaffen halte er für völlig verfehlt. Dem könne sich die SPD keinesfalls anschließen.

Herr Schallehn stimmt diesen Ausführungen vollumfänglich zu. Zusätzlich erkundigt er sich nach einem Deckungsvorschlag für die wegfallenden Gebühreneinnahmen in Höhe von 18.000 €.

Auch Herr Dlugosch schließt sich seinen Vorrednern an. Er betrachte den Trödelmarkt als Institution mit Freizeitwert für die Bevölkerung. Er nimmt an, mit diesem Antrag den ortsansässigen Einzelhandel schützen zu wollen.

Herr Wagner unterstützt den Antrag der CDU-Fraktion, weil die Belebung nicht für Refrather Bürger erfolge sondern nur für Externe. Die Refrather Anwohner würden durch den Parkverkehr nur belästigt. Seines Erachtens solle auf den sonntäglichen Trödelmarkt auf dem Marktplatz Steinbreche verzichtet werden.

Herr Jentsch erkundigt sich nach Möglichkeiten, die Lage dort durch Umgestaltung für die Anwohner verträglicher zu gestalten.

Herr Widdenhöfer hält den Veranstalter für sehr gesprächsbereit und kooperativ. Er bietet an, als Ordnungsbehörde nochmals den einen oder anderen Versuch zu unternehmen. Bedingt durch Personalknappheit treffe es zu, dass nur punktuell nachmittags kontrolliert werde. Aber die Rückmeldungen der Politessen seien eindeutig, dass die Verkehrsverstöße nicht so gravierend seien und keinesfalls über alle Maßen. In aller Regel seien die Parkplätze legal belegt und voll.

Herr Mömkes wehrt sich gegen das Argument „Belebung für den Ort“. Der Trödelmarkt sei auch keine Attraktion, sondern einfach nur eine Belastung. Als Gegenfinanzierung schlägt er die Bewirtschaftung der Parkplätze am Kopf des S-Bahnhofs vor.

Auch Herr Kraus spricht sich gegen den Trödelmarkt aus. Refrath habe die Woche über genügend Verkehrsprobleme und brauche den Sonntag zum Durchatmen.

Herr Galley kennt auch viele Refrath, die gerne den Trödelmarkt aufsuchen. Wenn da nur Ramsch angeboten würde, hätte der Markt bereits seine Anziehungskraft verloren. Auch werde von Ordnungskräften des Veranstalters im direkten Umfeld für Ordnung gesorgt. Hinsichtlich der Parkproblematik sei die Situation werktags vor 8 Uhr am Steinbrecher Weg deutlich verschärfter, da dann die Eltern ihre Kinder zur Waldorfschule brächten. Die Thematik Trödelmarkt solle demokratisch gelöst werden.

Herr Horing argumentiert, dass Refrath einer der wenigen oder sogar der einzige Ortsteil sei, in dem zweitägige Flohmärkte stattfinden, da die Privatflächen im Stadtgebiet samstags für deren Geschäftsverkehr benötigt würden. Insofern würde es auch in Refrath ausreichen, nur einen Tag, an Samstagen, Flohmarkt abzuhalten und der Sonntagsruhe Vorrang einzuräumen. Die anderen Flohmärkte lägen auch nicht mitten im Ort. Auch in Mitteleschbach werde die dort sehr breite Landstraße extrem zugeparkt.

Abschließend erinnert Herr Mömkes die SPD-Fraktion an deren Argumentation zu sonntäglichen Öffnungszeiten in den einzelnen Stadtteilen. Wenn sie Sonntagsschutz als hohes Gut betrachte, solle sie das auch in Bezug auf einen sonntäglichen Flohmarkt tun. Die Leute, die dort ihre Sachen verkauften, gingen die Woche über auch arbeiten. Und den ganzen Tag an einem solchen Stand zu stehen sei auch nicht erholsam.

Vor der Abstimmung merkt Herr Dr. Baeumle-Courth an, dass die Ordnungsbehörde gegen wildes, illegitimes Parken immer vorgehen solle. Dann lässt er abstimmen:

Der Antrag

„1. Floh- und Trödelmärkte werden an Sonn- und Feiertagen auf öffentlichen Flächen nur noch genehmigt, wenn sie mit einem Stadtteilstand einhergehen.

2. Floh und Trödelmärkte werden auf allen übrigen Flächen nur noch dann genehmigt, wenn die Veranstalter vernünftige Verkehrskonzepte vorlegen können, die eine Belastung für den Durchgangsverkehr (z.B. Trödel auf dem Obi-Parkplatz an der Jakobstraße) oder der Anwohner (z.B. in Refrath) ausschließen.“ wird

gegen die Stimmen der CDU-Fraktion

mit den Stimmen der SPD- und FDP-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, der Stimme der Freien Wähler und der Fraktion DIE LINKE./BfBB mehrheitlich abgelehnt.

14.7. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, eingegangen am 19.11.2013, zur Ordnungsbehördlichen Verordnung "Katzenkastration"
0644/2013

Herrn Schallehn verwundert die Rechtsauslegung der Verwaltung. Die von Jülich, Delmenhorst, Paderborn, Kürten und Bergheim käme, wie auch in ca. 80 anderen Städten in Deutschland, zu einem anderen Ergebnis. Daher halte er den Antrag weiter aufrecht. Er weist darauf hin, dass der Antrag in Odenthal von der SPD-Fraktion und in Kürten von der FDP-Fraktion gestellt worden sei, es sich also um kein solitäres Anliegen der Grünen handle und wirbt um Unterstützung.

Frau Bähler-Sarembe spricht sich für die SPD-Fraktion für diesen Antrag aus und weist darauf hin, dass 300.000 Katzen jährlich in Tierheimen aufgenommen werden müssten. Auch hier gebe es Kapazitätsgrenzen, unabhängig von dem Elend. Die Population heimatloser Tiere wachse ins Unermessliche. Die Halter müssten auch in die Verantwortung genommen werden. Aber sie sehe auch Handlungsbedarf für die Stadt. Die Stadt Kerpen habe ein gutes Konzept ausgearbeitet, für die Stadt fast zum Nulltarif, als Arbeitsgemeinschaft mit Tierärzten und Tierheimen. Darüber hinaus bittet Frau Bähler-Sarembe darum, auf die **Tätowierung** zugunsten eines haltbareren **Chips** zu verzichten, da sie schnell verblasse und dann nicht mehr lesbar sei.

Herr Widdenhöfer sieht inhaltlich durchaus ein Anliegen. Dennoch verweist er auf seine bisherigen Ausführungen, u.a. in der Vorlage aus 2012, untermauert durch ein umfangreiches Gutachten. Er halte den Weg über eine ordnungsbehördliche Verordnung für rechtlich sehr strittig, denn es gebe entsprechende Rechtsprechung des OVG. Der Gesetzgeber habe den diesbezüglichen Handlungsbedarf erkannt und am 04.07.2013 das Tierschutzgesetz geändert und damit den Ländern die Möglichkeit eingeräumt, entweder selber eine Rechtsverordnung zu erlassen oder diese Möglichkeit auf eine Kommune zu übertragen. Das Land Nordrhein- Westfalen habe das, im Gegensatz zu z.B. Baden-Württemberg, noch nicht umgesetzt. Er frage sich, warum die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN diesbezüglich nicht direkt an ihre Rot-Grüne Landesregierung herantrete.

Herr Schallehn hat den Antragstext wörtlich aus dem für die Stadt Jülich herauskopiert. Die von Herrn Widdenhöfer in 2012 gemachte Aussage habe er an den Juristen der Landtagsfraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN geschickt, der gegensätzlicher Rechtsauffassung sei. Allein wegen der unterschiedlichen Rechtsauffassung sei ihm wichtig, den Antrag aufrecht zu erhalten und darüber abstimmen zu lassen, auch auf das Risiko hin, dass es zu einem Rechtsstreit kommen könne.

Frau Stauer erwähnt, dass diese Thematik in der Vergangenheit im Ausschuss für Anregungen und Beschwerden diskutiert worden sei. Damals habe man mit zwei Vertreterinnen des Tierschutzvereins Kürten gesprochen und auf der einen Seite das Anliegen gut verstanden, sehe aber auch die von Herrn Widdenhöfer ausgeführte rechtliche Unsicherheit. Zusätzlich müssten erlassenen Vorschriften auch kontrolliert und sanktioniert werden, was unter Personalgesichtspunkten wiederum fraglich sei. Ansonsten könne man darauf verzichten.

Herr Dr. Baeumle-Courth merkt an, dass Rechtsverordnungen auch gälten, wenn sie nicht überwacht würden. Tempolimits gälten auch, wenn die Blitzer nicht blitzten. Daher könne man sich mit diesem Argument nicht freisprechen.

Herr Widdenhöfer geht davon aus, dass auch das Land Nordrhein-Westfalen innerhalb der nächsten Monate entsprechend handeln werde. Daher schlägt er vor, noch etwas abzuwarten und in der Zwischenzeit beim Land nachzuhören.

Herr Mömkes erklärt, dass die CDU-Fraktion den notwendigen Handlungsbedarf des Tierschutzes als grundsätzlich gegeben ansehe. Er schlägt vor, den Antrag ruhen zu lassen, bis der Gesetzgeber gehandelt habe. Dann werde die CDU-Fraktion zustimmen. Bei heutigem Stand werde sie sich enthalten.

Herrn Schallehn ist es wichtig, den Antrag nicht einfach ruhen zu lassen oder ihn zu vertagen, Als Kompromiss schlägt er vor, den Antrag so zu formulieren **„die Verwaltung damit zu beauftragen eine rechtssichere Lösung für den in dem Antrag geschriebenen Sachverhalt zu finden.“** Dann könne sich die Verwaltung mit der Landesregierung in Verbindung setzen und sobald eine rechtssichere Möglichkeit geschaffen wäre, eine entsprechende Verordnung erlassen.

Herr Dr. Baeumle-Courth fasst zusammen, dass die kleine Änderungsformulierung zur Tätowierung durch Kopfnicken übernommen worden sei und lässt über den Antrag der Fraktion Bündnis90/DIE GRÜNEN abstimmen:

Der Antrag wird

mit den Stimmen der SPD-Fraktion, der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und der Fraktion DIE LINKE./BfBB

gegen die Stimmen der FDP-Fraktion

bei Enthaltung der CDU-Fraktion und der Freien Wähler mehrheitlich angenommen.

Herr Dr. Baeumle-Courth geht davon aus, dass der Ausschuss über eine neue Rechtslage informiert wird, um dann darauf reagieren zu können.

14.8. Antrag der Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN, eingegangen am 21.11.2013 - Ergänzung zu strategischen Zielen sowie Haushaltszielen im Bereich Natur und Landschaftspflege, Öffentliches Grün, Landschaftsbau
0650/2013

Herr Schallehn hält für sinnvoll, dass der Haushalt strategische Ziele enthält. Es gebe Überlegungen etwas Besseres und Effizienteres zu finden. Bis das gefunden worden sei, solle die Benennung der strategischen Ziele im Haushalt verbleiben. Die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN halte die derzeitigen für änderungswürdig und möchte sie daher ändern. Es handele sich nicht um Neuerungen, sondern sie seien alle schon beschlossen in der entsprechenden Deklaration.

Herr Mömkes hält nicht für sinnvoll, die Änderungen noch so kurzfristig vor Verabschiedung des Haushaltes einzupflegen. Er schlägt daher vor den Ältestenrat zu beauftragen, sich um diese Angelegenheit intensiv zu kümmern und bis zum Ende der Ratsperiode diese Veränderung der strategischen Ziele zu erarbeiten.

Herr Dr. Baeumle-Courth führt aus, dass es aus seiner Sicht unerheblich sei, wie entschieden werde, da es den Haushalt faktisch nicht ändere. Es sei eine Frage der Politik, ob man die Signale jetzt senden oder den Ältestenrat einbeziehen wolle. Jetzt zu beschließen wäre das Weitergehende. Deshalb würde er darüber jetzt zuerst abstimmen lassen.

Für die „auf Seite 137 der Einladung explizit genannten Ziele“ stimmen die Freien Wähler, die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN und die Fraktion DIE LINKE./BfBB. Dagegen stimmen die CDU- und die FDP-Fraktion, was zum Patt führt. Damit ist der Antrag nicht angenommen.

Aufgrund dieses Ergebnisses lässt Herr Dr. Baeumle-Courth **über die Einbeziehung des Ältestenrates abstimmen:**

Diese Abstimmung erfolgt **einstimmig**.

15. Anfragen der Ausschussmitglieder

Herr Galley hat vom Obst- und Gartenbauverein in Refrath gehört, dass es entlang des Frankenforstbaches verpachtete Grundstücke gebe, die vom jeweiligen Pächter bis zum Bach genutzt und eingezäunt würden, so dass keine Durchgangsmöglichkeiten mehr bestünden. Auf einer der letzten Mitgliederversammlungen sei das diskutiert worden mit dem Hinweis, dass das im Rahmen des Hochwasserschutzes doch nicht zulässig sein könne. Zusätzlich sei ein öffentliches Wegerecht entlang des Frankenforstbaches erwähnt worden, was an manchen Stellen abseits der Hauptverkehrsströme früher als Schulweg genutzt worden sei. Er bittet um Auskunft.

Herr Wagner vom Abwasserwerk bestätigt, dass das Einzäunen bis zum Gewässer grundsätzlich nicht zulässig sei. Ein konkreter Abstand sei vorgegeben. Ein automatisches Wegerecht entlang des Gewässers gebe es nicht. Die Rechte der Eigentümer blieben da unangetastet. Es gebe nur die gesetzlich vorgeschriebene Gewässerunterhaltung seitens der Stadt oder des Wupperverbandes.

Herr Dlugosch erinnert an den Beschluss für die Kanalbaumaßnahmen in der Auen in Refrath, während der für eine gewisse Bauphase der Einmündungsbereich Lustheide gesperrt werden müsse. Man sei sich über die Notwendigkeit einer permanenten Zufahrt zur Tankstelle einig gewesen. Er

habe verstanden, dass es eine Umleitung über die Straßen Vürfels und Vüfeler Kaule geben werde. Er frage sich, wie diese Straßen das Verkehrsaufkommen bewältigen sollten, denn dort gäbe es jetzt schon Engpässe im Begegnungsverkehr. Er regt an über zusätzliche alternative Möglichkeiten nachzudenken. Es müsse auch bedacht werden, die Durchfahrt nicht ganz zu sperren.

Herr Wagner vom Abwasserwerk stellt klar, dass von einer Vollsperrung im Kreuzungsbereich nie die Rede gewesen sei. Auf besondere Anregung hin sei die An- und Abfahrtsproblematik der Tankstelle intensivst diskutiert worden. Die Verwaltung sei dadurch für die Tankstellenproblematik nochmals besonders sensibilisiert worden. In Ermangelung einer Wendemöglichkeit im Tankstellenbereich werde dafür gesorgt werden, dass jederzeit Zu- und Abfahrt zur Tankstelle gewährleistet sei, allerdings nicht dauerhaft an derselben Stelle, sondern versetzt im Zuge des Baufortschritts. Von Vollsperrung sei ihm nichts bekannt.

Frau Stauer sorgt sich um die Sicherheit der Schüler und Schülerinnen, die in der dunklen Jahreszeit, u.U. dunkel gekleidet, zu Fuß oder auf ihren Fahrrädern, unbeleuchtet und teilweise gegen die Einbahnstraße fahrend, unterwegs sind und von anderen Verkehrsteilnehmern leicht übersehen werden und dadurch Gefahr laufen, ernsthaft zu Schaden zu kommen.

Im Rahmen der Schulwegsicherung regt sie eine Kampagne der Stadt an, in Zusammenarbeit von Schulen, Ordnungsbehörden und Polizei, um erneut mehr Sensibilität für Sicherheitsrisiken zu schaffen, gegebenenfalls auch unter Zuhilfenahme von Facebook und ähnlichen Möglichkeiten.

Es könne nicht sein, dass viel Geld ausgegeben werde für Handys. Aber oft fehle das Bewusstsein, dass man mit relativ wenig Geld beleuchtet in der Dunkelheit sicher von A nach B gelangen könne. Auch erspare man anderen Verkehrsteilnehmern dadurch das persönliche Unglück jemanden zu verletzen oder gar zu töten.

Eine solche Sensibilisierungskampagne müsse sicherlich nicht teuer sein. Sie betrachte das als Appell an die Verwaltung.

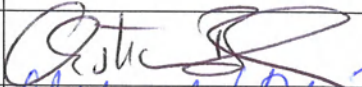
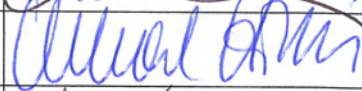
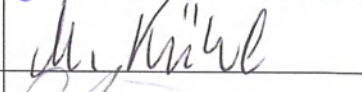
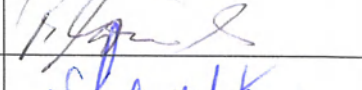
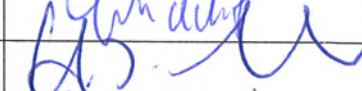
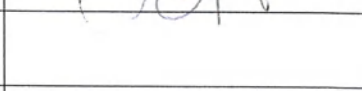
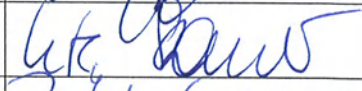
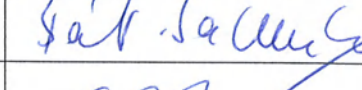
Herr Krafft hat von mehreren Seiten gehört, dass Jugendliche, die vor der Galerie ihr Moped zur Sicherheit an den Fahrradständer angekettet hätten, mit Protokollen belegt worden seien. Er halte dies für bedenklich und erkundigt sich nach Möglichkeiten, wo Jugendliche ihre Mopeds kurzfristig, kostenlos abstellen könnten.

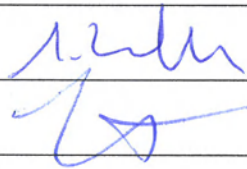
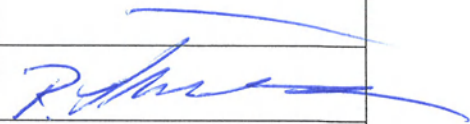
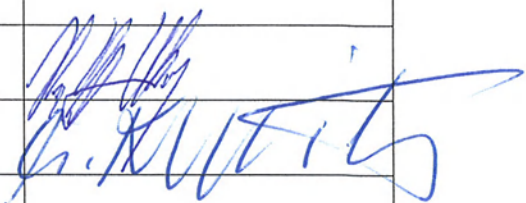
Herr Widdenhöfer bestätigt, dass das Problem erkannt worden sei und zu dem Zweck schon Motorrad- und Mopedabstellplätze am Rathaus, an der ehemaligen Post, nahe der Rhein-Berg Galerie eingerichtet worden seien. Ziel sei eine gewisse Ordnung beizubehalten und Wildwuchs vorzubeugen. Deswegen seien diesbezüglich schon Verwarnungen erteilt worden. Er erinnert in diesem Zusammenhang an den Hinweis von Herrn Dr. Miede, dass Motorräder direkt am Rathaus abgestellt worden seien, auf den Gehwegen. Es werde mit Augenmaß dagegen vorgegangen.

Herr Krafft wendet noch ein, dass man ja sein Moped auch wie ein Fahrrad fortbewegen könne, durch Motor ausschalten und trampeln.

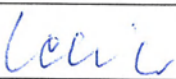
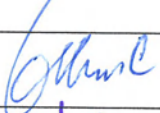
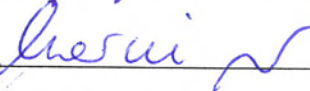
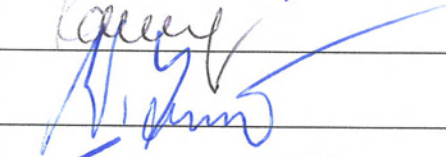
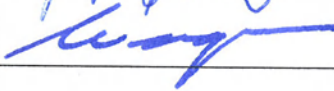
Herr Dr. Baeumle-Courth schließt den öffentlichen Teil der Sitzung um 19.58 Uhr und dankt dem Publikum für das Interesse.

Teilnehmerverzeichnis

Gremium Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Ver- kehr	Ort der Sitzung Ratssaal Bensberg	Tag der Sitzung Donnerstag, 05.12.2013	Dauer der Sitzung 17.00 Uhr bis Uhr
Name, Vorname	Stellvertretung für	Von – bis Beratungspunkt/ Uhrzeit	Unterschrift
Buchen, Christian	96/1850 Kraus Robert		 bis 1850
Höring, Lennart			 bis 1940
Kühl, Manfred			
Mömkes, Peter			
Schacht, Rolf-Dieter			
Wagner, Hermann-Josef			
Bilo, Angelika			
Zalfen, Michael			
Stauer, Ute			
Bähner-Sarembe, Marta	Komenda, Mirko		
Galley, Thomas			

Name, Vorname	Stellvertretung für	von – bis	Unterschrift
Baeumle-Courth, Dr. Peter			
Schallehn, Robert			
Ebbinghaus, Martin	Krafft, Jürgen		
Jentsch, Boris			
Dlugosch, Rainer			
Mörs, Bernhard			
Gürgens, Mike			
Vilmann, H.-G.	Schütz, Fabian		
Schütz, Fabian	Karakus, Senel		
Kohlschmidt, Wolfgang			

17²⁶ wls

Mitglieder der Verwaltung		
Name		Unterschrift
Schmickler		
Erster Beigeordneter		
Kremer	FBL 7	
Widdenhöfer	FBL 3	
Müller-Veit	FBL 6	
Schneeloch	7 - 10	
Jäger	7 - 36	
Hardt	7 - 66	
Kamenzky	7 - 66	
Leuthe	7 - 67	
Wagner	7 - 68	
Uttich	3 - 32	
Klostermann	7 - 67	

Gäste		
Name	Büro/Firma	Unterschrift

zu Ö13



**SPD-Fraktion im
Rat der Stadt
Bergisch Gladbach**

Herrn Bäumle-Courth
Vorsitzender des Ausschusses Umwelt,
Klimaschutz und Verkehr

Konrad-Adenauer-Platz 1
51465 Bergisch Gladbach
Tel. u. Fax 02202-14 22 20
spd-fraktion-gl@netcologne.de
www.spd-gl.de
Bergisch Gladbach, den
2. Dezember 2013

**Antrag zur Sitzung des Ausschusses Umwelt, Klimaschutz und Verkehr am
5.12.2013**

Sehr geehrter Herr Bäumle-Courth,

die SPD Fraktion beantragt folgende Änderungen zum Haushaltsplan 2014

1. Verkehrsflächen: Löschung der Haushaltsstelle 76014372 und Übertragung der Mittel in voller Höhe auf die Haushaltsstelle 82333600 Waatsack vs. Schulen
2. Stadtverkehrsgesellschaft: Reduktion Ausgleich des Fehlbetrages Ansatz zur Zeit 135.000€ auf 100.000 €
3. Abwasserwerk: Zur Verstetigung der Investitionen wird ein Deckel von 13 Mio € als ausreichend erachtet. Eventuell Umwidmung von 50.000 € für Rechtberatung in den Gesprächen mit der Bezirksregierung über das Abwasserbeseitigungskonzept. Erläuterungen folgen mündlich.


Klaus Waldschmidt
Fraktionsvorsitzender


Michael Zeifen
stellv. Bürgermeister



StadtGrün Bergisch Gladbach · 51439 Bergisch Gladbach

Herrn
Christian Buchen MDR
Braunsberger Feld 1
51429 Bergisch Gladbach

Stadt Bergisch Gladbach
Der Bürgermeister
StadtGrün

Fachbereich Umwelt und Technik
Wilhelm-Wagener-Platz
51429 Bergisch Gladbach
Auskunft erteilt:
W. Leuthe, Zimmer V 01
Telefon 02202-141362
Telefax 02202-141505
E-Mail: W.Leuthe@stadt-gl.de

08.01.2014

Mein Zeichen
7-67, Leu/Kr

Anfrage im Ausschuss für Umwelt, Infrastruktur und Verkehr vom 05.12.2013

Sehr geehrter Herr Buchen,

Sie haben im AUKV am 05.12.2013 die Frage gestellt, inwieweit die Verwaltung mit den ersparten Mitteln für den Ausbau der Grünanlage / Spielplatz auf dem Regenrückhaltebecken Cederwaldstraße schon Spielplätze saniert hat.

Die Verwaltung ist derzeit dabei, die Neuanlage auszuschreiben. Ein Auftrag an eine Firma ist noch nicht erteilt. Im AUKV am 19.09.2013 hat die Verwaltung mitgeteilt, dass die voraussichtlich zu ersparenden Mittel von 34.000,00 € für die Sanierung des Spielplatzes Engelsfuhr und für die Komplettsanierung des Spielplatzes Max-Planck-Straße ausgegeben werden sollen.

Nach den bisher eingegangenen Ausschreibungsergebnissen ist es wahrscheinlich, dass der Einsparungsbetrag von 34.000,00 € noch überschritten wird, von daher ist zusätzlich beabsichtigt, einen Zuschuss für die Sanierung des Kinderspielplatzes am Papiermuseum Alte Dombach zur Verfügung zu stellen. Der Spielplatz steht ganzjährig der Bevölkerung zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen
In Vertretung

Stephan Schmickler
Erster Beigeordneter

1. 7-66 Frau Kamenzky

2. 7-67 Frau Tönnemann-Muthig

www.bergischgladbach.de
info@stadt-gl.de

Allgemeine Öffnungszeiten:
Montag bis Freitag 9:00 – 12:00 Uhr
Donnerstag 14:00 – 18:00 Uhr
Abweichende Öffnungszeiten
sind oben vermerkt.

Bankverbindungen:
Kreissparkasse Köln
Bankleitzahl 370 502 99
Konto 370 000 015
IBAN: DE93 3705 0299 0312 0000 15
SWIFT/BIC: COKSDE33

VR Bank eG Bergisch Gladbach
Bankleitzahl 370 626 00
Konto 3 702 425 017
IBAN: DE50 3706 2600 3702 4250 17
SWIFT/BIC: GENODED1PAF

Inhaltsverzeichnis

Sitzungsdokumente

Niederschrift (öffentlich)

1

Anl 1 Teilnehmerverzeichnis

27

Anl 2 SPD-Antrag vom 02.12.2013 zum Haushalt, TOP 13

31

Anl 3 Anfrage Buchen

33

Inhaltsverzeichnis

35